14.06.2018

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 14.06.2018
Ltg.-203/V-6/53-2018
~~Ausschuss~~

Resolutionsantrag

des Abgeordneten DI Dinhobl

zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2019, Ltg.-203/V-6-2018

betreffend **Gespräche zur Begründung des Sitzes der Österreichischen Gesundheitskasse in Niederösterreich**

Gemäß Regierungsprogramm der Bundesregierung 2017 – 2022 und dem Beschluss des Ministerrates vom 23. Mai 2018, werden unter dem Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK), die Versicherung für den öffentlichen Dienst und Schienenverkehrsunternehmen (BVA-VAEB), die SV der Selbständigen (SVA-SVB) und die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) weiter bestehen. Die AUVA soll bis Ende August 2018 Einsparungspotentiale und Strukturerneuerungsvorschläge präsentieren. Die neun Gebietskrankenkassen der Bundesländer werden zur Österreichischen Gesundheitskasse fusioniert.

Der Sitz der ÖGK ist noch nicht festgelegt. Im Sinne einer Dezentralisierung und als Signal für eine Stärkung der Länder wird eine Ansiedelung außerhalb der Bundeshauptstadt Wien für zielführend erachtet.

Niederösterreich bietet sich für die Ansiedelung des Sitzes der ÖGK aus mehreren Gründen an: NÖ ist das flächenmäßig größte Bundesland und aufgrund der gemeinsamen historischen Entwicklung mit Wien und aufgrund der exzellenten verkehrsmäßigen Anbindung als Standort hervorragend geeignet.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen mit dem Ziel, den Sitz der Österreichischen Gesundheitskasse in Niederösterreich zu begründen.“